

Gemeinsame Pressemitteilung zur Hauptversammlung der Aurubis AG am 3. April 2025

Aurubis-Hauptversammlung: Beschwerden von NGOs wegen möglicher Verletzung des Lieferkettengesetzes

- **Rücksichtslose Rohstoffausbeutung schädigt Menschen in Lieferländern**
- **Dividende auf 75 Cent je Aktie reduzieren**
- **Kulturwandel und Transparenz bei Lieferbeziehungen benötigt**
- **Zwei Beschwerden wegen möglicher Verletzung des Lieferkettengesetzes**

Zur Hauptversammlung der Aurubis AG fordern Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen von Europas größtem Kupferkonzern die Einhaltung des Lieferkettengesetzes.

Unter dem Motto „Metals for Progress“ stellt sich Aurubis als Unternehmen dar, das mit seinen Metallen zu einer modernen und grünen Wirtschaft beiträgt. Im vergangenen Jahr hat Aurubis sogar den Deutschen Nachhaltigkeitspreis erhalten. Die Romero Initiative (CIR), der Dachverband der Kritischen Aktionäre, Facing Finance, Goliathwatch und die Kampagne Bergbau Peru halten diese Preisvergabe für „Greenwashing“, denn die Kupferminen, von denen Aurubis das Erz bezieht, zeigen eine andere Realität.

Die Lieferanten von Aurubis in Mexiko, Panama, Peru und Bulgarien werden mit Umweltzerstörung, Gewalt und schwerwiegenden Gesundheitsschädigungen in Verbindung gebracht. Betroffene aus Panama und Mexiko haben vor kurzem zwei Beschwerden im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht. In Panama bezog Aurubis Kupfererz aus der Mine Cobre Panamá, die ohne Vertrag und daher illegal in einem Naturschutzgebiet operierte. Nach massiver Umweltzerstörung und Anwohnerprotesten mit vier Toten und Hunderten Verletzten wurde die Mine schließlich vom Obersten Gerichtshof geschlossen. Ein herber Rückschlag für die Strategie von Aurubis, durch eine Diversifizierung der Lieferländer der Abhängigkeit von chilenischem und peruanischem Kupfer zu entkommen.

Die Romero Initiative (CIR) und die mexikanische Organisation PODER haben nachgewiesen, dass Aurubis seit 2022 wieder große Mengen Kupfererz vom mexikanischen Bergbaukonzern Grupo México importiert. Dieser Konzern verursachte 2014 in einer Mega-Mine im Bundesstaat Sonora die schlimmste Bergbaukatastrophe Mexikos. Durch einen Dambruch gelangten große Mengen giftige Bergbaurückstände in den Fluss Sonora. Bis heute enthalten das Trinkwasser und das Blut der Anwohner*innen nachweislich hohe Schwermetallkonzentrationen. Die CIR reichte im Februar für die Betroffene Martha Velarde

eine Beschwerde im Rahmen des Lieferkettengesetzes gegen Aurubis ein. Kurze Zeit danach verstarb die Beschwerdeführerin an den Folgen einer Erkrankung, die sie auf die Umweltverschmutzung zurückführte. „Dieser Fall zeigt, dass die rücksichtlose Rohstoffausbeutung reale Folgen für die Betroffenen hat, die bis zur Gesundheitsschädigung oder zum Tod führen können. Aurubis muss das Lieferkettengesetz endlich ernst nehmen und konkrete Maßnahmen umsetzen, die zu einer besseren Trink- und Gesundheitsversorgung für die Menschen führen“, fordert **Christian Wimberger von der Romero Initiative**.

Der neue Aurubis-Vorstand sagt, es habe einen Kulturwandel gegeben. "Dieser sollte zu einer geänderten Haltung führen gegenüber Lieferanten, die durch Schwermetall-Verseuchung, erhöhte Krebsraten, Korruption, Zwangsumsiedlungen und Folter von Protestierenden auf Minengelände auffallen. Es braucht einen klaren Plan, um Regulatorik-, Reputations- und Menschenrechtsrisiken in der Lieferkette zu reduzieren", meint **Luca Schiewe von Facing Finance**. Ein wichtiger Schritt wäre eine transparentere Lieferkette. Bislang weigert sich Aurubis hartnäckig offenzulegen, aus welchen Minen es Kupfererz bezieht. Auch ESG-Ratingagenturen oder interessierte Aktionäre bekommen trotz Zusicherung von Geheimhaltung keinerlei Einsicht in Lieferantenbeziehungen von Aurubis.

Der Dachverband hat Gegenanträge eingereicht und verlangt, dass Aurubis Abhilfe schafft. "Daher soll in diesem Jahr nur eine Dividende von 75 Cent je Stückaktie statt von 1,50 € an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet werden", schlägt **Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbands**, vor. "Der dadurch freiwerdende Betrag von 32.744.272,50 € soll für anfallende Entschädigungen und in umfassende Maßnahmen zur Stärkung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten investiert werden."

Bereits um 8.30 Uhr versammeln sich die Nichtregierungsorganisationen zu einem Protest vor dem CCH-Congress Center, Congressplatz 1, Saal G, 20355 Hamburg.

Gegenanträge: <https://www.kritischeaktionaere.de/aurubis/bafa-beschwerde-und-mangelnde-transparenz-in-der-lieferkette-unsere-gegenantraege-zur-aurubis-hauptversammlung-am-3-maerz-2025/>

Kontakt für Presseanfragen:

- Christian Wimberger, Romero-Initiative (CIR), wimberger@ci-romero.de
- Vanessa Schaeffer Manrique, Kampagne Bergbau Peru, vanessa.schaeffer@ordinariat-freiburg.de
- Luca Schiewe, Facing Finance e.V., luca.schiewe@facing-finance.org
- Thomas Dürmeier, Goliathwatch, duermeier@goliathwatch.de
- Markus Dufner, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Mobil-Tel. 0173-7135237, dachverband@kritischeaktionaere.de